

Feierliche Eröffnung des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS)

27. März 2017, 18 Uhr

Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Teilnehmende der Podiumsdiskussion

„Destruktive Konvergenz: Werden demokratische und autoritäre Systeme einander immer ähnlicher?“

Gwendolyn Sasse ist seit Oktober 2016 Wissenschaftliche Direktorin des ZOIS. Sie ist Professor of Comparative Politics im Department of Politics and International Relations und in der School of Interdisciplinary Area Studies an der Universität Oxford sowie Professorial Fellow am Nuffield College und Non-Resident Associate bei Carnegie Europe. Ihr akademischer Werdegang umfasst ein Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg sowie einen MSc und PhD in der Politikwissenschaft an der London School of Economics. Im Anschluss an ihre Promotion war sie zunächst Assistant Professor an der Central European University und dann Lecturer/Senior Lecturer an der London School of Economics, bevor sie 2007 nach Oxford ging. Sie befindet sich derzeit in der Endphase eines vom britischen Leverhulme Trust geförderten Projekts über "Political Remittances: The Political Impacts of Migration". Ihre Forschungsinteressen liegen in der postkommunistischen Transformationsforschung (unter besonderer Berücksichtigung der Ukraine), der vergleichenden Demokratie- und Autoritarismusforschung, in ethnischen Konflikten in Osteuropa, Migration in und aus Osteuropa sowie der EU-Osterweiterung.

Ivan Krastev ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia und Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations und Kuratoriumsmitglied der International Crisis Group. Darüber hinaus schreibt er regelmäßig Meinungsbeiträge für die New York Times. Seine neuesten Buchveröffentlichungen sind das 2014 erschienene *Democracy Disrupted. The Global Politics on Protest* und *In Mistrust We Trust: Can Democracy Survive When We Don't Trust Our Leaders?* aus dem Jahr 2013. In diesem Jahr wird sein mit Stephen Holmes verfasstes Werk *After Europe* auf Englisch und in deutscher Übersetzung erscheinen.

Ingo Mannteufel leitet die Redaktion für Russland, Ukraine und Türkei sowie den Russischen Dienst von Deutschlands internationalem Radiosender Deutsche Welle (DW), für den er seit 2001 tätig ist. Als Journalist und Medienexperte liegt sein Schwerpunkt auf Russland und Osteuropa. Mannteufel hat an der School of Slavonic and East European Studies der University of London und an der Universität zu Köln studiert.

Viacheslav Morozov ist Professor für EU-Russland-Studien an der Universität Tartu. Bevor er 2010 nach Estland ging, lehrte er 13 Jahre an der staatlichen Universität in Sankt Petersburg, Russland. Seine derzeitige Forschung beschäftigt sich mit der politischen und soziologischen Entwicklung Russlands in Abhängigkeit von seiner Position innerhalb des internationalen Systems. Die Ergebnisse wurden in seiner 2015 erschienenen Monografie *Russia's Postcolonial Identity: A Subaltern Empire in a Eurocentric World* veröffentlicht. Eine vergleichende Perspektive nimmt er in seinem Buch *Decentering the West: The Idea of Democracy and the Struggle for Hegemony* aus dem Jahr 2013 ein.

Silvia von Steinsdorff lehrt seit 2009 als Professorin für Vergleichende Demokratieforschung und die politischen Systeme Osteuropas am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist zudem wissenschaftliche Leiterin der internationalen Masterstudiengänge am Institut für Sozialwissenschaften sowie seit 2015 Direktorin der Berlin Graduate School of Social Sciences. Ihre Forschungsinteressen liegen in verschiedenen Bereichen der Vergleichenden Systemanalyse mit einem regionalen Fokus auf Mittel- und Osteuropa sowie der Türkei. Gegenwärtig beschäftigt sie sich vorwiegend mit Verfassungs- und Rechtsstaatsforschung, wobei demokratische und nicht-demokratische Regime vergleichend in den Blick genommen werden. Dem Spannungsfeld von Recht und Politik widmet sich auch ihr aktuelles Forschungsprojekt zur Verfassungspolitik in der Türkei, in dem ein internationales und interdisziplinäres Team von SozialwissenschaftlerInnen und JuristInnen aus Deutschland, der Türkei und den USA kooperiert.